

Friedensforschung und Friedenspolitik

Zögernd erst beginnen die so vielfach gebrannten Menschenkinder das Feuer des Krieges zu scheuen. Aber der Lernprozeß hat eingesetzt, wird von vorausschauenden und verantwortungsbewußten Wissenschaftlern, Politikern und Pädagogen vorangetrieben und intensiviert. Der Satz von *John F. Kennedy*, gesprochen vor den Vereinten Nationen, macht wieder die Runde, wird zitiert und interpretiert: „Peace is a daily, a weekly, a monthly process. Peace cannot come without work.“ Die Bemühung um den Frieden aber, wie sie Kennedy forderte, ist noch unzulänglich, von Mißtrauen überschattet und ständig durch Aggressionen und Ängste gefährdet. Die bestürzend makabre Diskrepanz zwischen technischem Perfektionismus und ethischem Unvermögen des heutigen Menschen wurde nie so deutlich, wie jetzt nach der Mondlandung amerikanischer Astronauten, während zur gleichen Zeit der Vietnamkrieg andauert. Aber Frieden, wie Kennedy sagte, bedarf der Anstrengung; eines Prozesses, der Tag für Tag, Woche für Woche und Monat für Monat durchgehalten wird.

Der jetzige Bundespräsident *Gustav Heinemann* hat in seiner bemerkenswerten Antrittsrede die Akzente ähnlich gesetzt: „Heute ist der Frieden der Ernstfall, in dem wir alle uns zu bewähren haben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr.“ Heinemann ergänzte:

„Hilfreich wäre es, wenn auch wir der Friedensforschung, das heißt einer wissenschaftlichen Ermittlung nicht nur der militärischen Zusammenhänge zwischen Rüstung, Abrüstung und Friedenssicherung, sondern zwischen allen Faktoren, also zum Beispiel auch den sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen, die gebührende Aufmerksamkeit zuwenden würden.“

Noch aber steckt bei uns — wie überall auf der Welt — die Friedensforschung in den Anfängen und ist, insbesondere hierzulande, auf private Initiative angewiesen und beschränkt.

I

Frieden wird denn auch gängig durch Völkerrecht, Politikwissenschaft oder Staatsrecht immer noch negativ definiert — als Abwesenheit von Krieg. In der öffentlichen Meinung herrscht die Ansicht vor, daß es Krieg gab, gibt und darum auch weiterhin geben wird, daß er die „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ bleibt bzw. sogar „der Vater aller Dinge“ sei. Hier ist die Denkleitung kurzgeschlossen zu einem Teufelskreis, der die Existenz der Menschheit insgesamt tödlich bedroht. Diese Denkschemata verhindern gleichzeitig, daß mit Priorität eine Konfliktforschung betrieben wird, deren Ergebnisse es ermöglichen, den Krieg als Mittel zur Konfliktlösung auszuschalten. Zwar bewirkte die Eskalation der Waffensysteme der beiden Weltmächte USA und UdSSR, daß kriegerische Auseinandersetzungen seit 1945 regional beschränkt werden konnten; sie bietet aber keine Gewähr dafür, daß dieses „Gleichgewicht des Schreckens“ stabil bleibt. Abgesehen davon, gehört ein beträchtliches Maß an Zynismus dazu, sich mit Kriegen abzufinden, die zwar mit sogenannten konventionellen Waffen geführt werden, die aber dennoch das Leben von Millionen Menschen auszurotten in der Lage sind.

Die Konsequenzen aus dieser Situation sind offenkundig. Formuliert hat sie u. a. *Carl Friedrich von Weizsäcker* schon 1963 anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels:

„Der Weltfrieden ist Lebensbedingung des technischen Zeitalters; in diesem Sinne ist er unvermeidlich. Denn das technische Zeitalter wird nur unter dieser Bedingung

weiterbestehen, andernfalls kommt es zu einem gewaltsamen Ende." Und er ergänzte: „Der Weltfriede verlangt von uns eine außerordentliche moralische Anstrengung." ¹⁾

Aber nicht nur diese außerordentliche moralische Anstrengung wird uns abverlangt, sondern auch eine außerordentliche intellektuelle Leistung. *Peter Menke-Glückert* zeigt auf, was zu tun ist:

„Anders als die Politikwissenschaft will die Konflikts- oder Friedensforschung nicht nur ein analytisches Instrument liefern, um den ‚Paix-guerre‘ — den Friedenskrieg oder kalten Krieg — zu klären, in einem Begriffssystem zu klassifizieren oder gar als unvermeidlich zu rechtfertigen. Konflikte können nach dieser Auffassung nicht allein nur durch Abmachungen, Verträge, Verbote verhindert werden, sondern durch konsequente Erforschung und allmähliche Beseitigung der ökonomischen, psychologischen oder institutionellen Ursachen. Konfliktforschung ist vielleicht als eine Unterdisziplin der Zukunftsforschung am ehesten wissenschaftssystematisch einzuordnen. Wie die Zukunftsforschung sammelt sie Informationen über zukünftige politische, wirtschaftliche oder technische Gegebenheiten. Dabei wird versucht, aus einer Analyse der Gegenwart und der jetzt erkennbaren Trends zu bestimmten, genau präzisierten Annahmen über die Entwicklung von Konflikten in der Zukunft zu kommen. Zugleich werden in solchen Überlegungen, Simulationen und Planspielen mögliche, friedliche ‚Zukünfte‘ bestimmt, identifiziert, geklärt. Die Konflikt- oder Friedensforschung hilft dabei der Politik bei der gezielten Anwendung von Ergebnissen der Wissenschaft und Technik. Nach Auffassung der Konfliktforschung können Politiker lernen, wie friedliche Zukünfte geplant und erfinden werden können." ²⁾

II

Noch aber ist nicht einmal hinreichend geklärt, inwieweit die durch Triebverdrängung erzeugte bzw. geförderte menschliche Aggressivität für Kriege mit- oder alleinverantwortlich ist. Die Psychologen haben bislang nicht schlüssig nachzuweisen vermocht, welcher Zusammenhang besteht zwischen individueller Aggressivität als einer entweder spezifisch humanen oder gesellschaftlich vermittelten Qualität und dem Krieg als einer organisierten Form aggressiven Verhaltens. In dem ausgezeichneten deutschsprachigen Standardwerk über Friedensforschung³⁾ stellt der Herausgeber *Ekkehart Krippendorff* denn auch fest:

„Friedensforschung wird gerade der Hilfe des Psychologen nicht entraten können, will sie dem Einwand des ‚gesunden Menschenverstandes‘ begegnen, daß Aggressivität zur menschlichen Natur gehöre und Kriege darum unvermeidlich, ja sogar notwendig seien — oder dem anderen, daß Kriege als rational geplante Unternehmungen gar nichts mit der Summe individualpsychologischer Frustrationen zu tun hätten."

Ismond Rosen gibt zu bedenken:

„Die Relevanz dieser (individualpsychologischen Tatbestände für das Verständnis von Krieg kann nur erahnt werden, aber die Projektion von mörderischer Aggressivität auf andere erinnert uns daran, daß die Nazis meinten, sechs Millionen Juden umbringen zu müssen, auf die alle deutschen Übel projiziert worden waren, um rassische Reinheit zu erlangen; sie erinnert uns ebenfalls an die Greuelgeschichten, durch die der Feind zu Beginn von Kriegen entwürdigt wird, um ihn gerechtfertigt vernichten zu können." ⁴⁾

1) C. F. von Weizsäcker: Wird der Friede unvermeidlich?, Neues Forum, April/Mai 1967, S. 306 f.

2) Peter Menke-Glückert: Ziele und Methoden der Friedensforschung. Futurum, Zeitschrift für Zukunftsforschung, Band 2, Heft 2, 1969, S. 174 f.

3) Ekkehart Krippendorff (Hrsg.): Friedensforschung. Köln/Berlin 1968.

4) Ismond Rosen: Faktoren und Motive für Gewaltverbrechen und Krieg. In: Ekkehart Krippendorff, a.a.O., S. 129.

So ist auch die Untersuchung menschlicher Aggressivität für die Friedensforschung eine wichtige und mit Vorrang zu fördernde Aufgabe. Es ist deshalb erfreulich, daß jetzt *Alexander Mitscherlich* einen Sammelband herausgegeben hat, in dem sich namhafte Wissenschaftler klärend mit dem Problem der menschlichen Aggression auseinandersetzen. Mitscherlich hebt hervor:

„Solange die Möglichkeit besteht, daß eigene Aggression auf Außengruppen projiziert und als deren Gefährlichkeit erlebt werden kann, werden die Konflikte innerhalb menschlicher Gesellschaften und zwischen ihnen nie jenen Grad der Entschärfung erfahren, der es möglich macht, sie mit konstruktiver Intelligenz zu schlichten.“⁵⁾

Und bereits im Vorwort deutet er an, wie der aggressive Triebüberschuß sublimiert und neutralisiert zu werden vermag: vor allem durch lebenslang laufende Lernprozesse, an denen künftig die Mehrzahl der Menschen und nicht nur eine Minderheit teilzunehmen hat. Zu ganz ähnlichen Schlußfolgerungen kommt auch *W. E. Mühlmann*, der den Frieden am wirkungsvollsten durch einen übergreifenden internationalen Verband gesichert sieht. Er ergänzt aber:

„Die juristische Antizipation eines übergreifenden internationalen Verbandes bleibt unvollkommen, solange dieser organisatorischen Superstruktur keine adäquate Substruktur von wirklich durch gemeinschaftliche Ideen verbundenen Völkern entspricht. Eine gesunde Funktion solcher Verbände ist also kein bloß juristisches, auch kein nur ökonomisches Problem, sondern in erster Linie das Problem einer adäquaten Geistesverfassung der Gliedvölker. Alle organisatorischen Formen zur Sicherung eines dauernden Friedens müssen unterbaut werden und synchronisiert werden mit Maßnahmen einer öffentlichen psychischen Gesundheitspflege der Völker.“⁶⁾

III

Einer weltweiten Friedensstrategie indes, die aufbauen müßte auf einer umfassenden psychologischen Friedensführung — im bewußten Gegensatz zur psychologischen Kriegsführung — stehen noch massive materielle und ideologische Interessen entgegen. So stellt *E. Lapp* für die USA als die Führungsmacht der kapitalistisch strukturierten Gesellschaftssysteme fest, daß hier in den acht Haushaltsjahren seit 1961 die Verteidigungsausgaben auf eine Gesamtsumme von 495 Md. Dollar angeschwollen sind, und die Gesamtzahl der Zivilisten und Militärs, die der Verteidigung unterstehen, mehr als acht Millionen beträgt. Lapp fährt fort:

„Bestimmte Industriefirmen sind fast völlig vom Pentagon als ihrem wichtigsten Auftraggeber abhängig geworden. Infolgedessen ist der materielle Wohlstand ganzer Gebiete in vielen amerikanischen Bundesstaaten eng mit Rüstungsaufträgen verknüpft. Diese immer längere und stärkere Abhängigkeit Amerikas von der Rüstung und die zunehmende Einmischung von Politikern ins Rüstungsgeschäft bewirken, daß nicht mehr abzusehen ist, wie sich das Land dem Zugriff des militärisch-industriellen-politischen Komplexes entziehen könnte.“⁷⁾

Aber auch im Sowjetbereich würde der Übergang von einer Kriegs- zu einer Friedensgesellschaft und -kultur radikale Veränderungen im Verhältnis der Klassen und Schichten, im Lebensstil und in allen wichtigen Institutionen zur Folge haben. Das konstatiert *Ossip K. Flechtheim*. Er präzisiert:

„In dem Maße, wie sich die kommunistischen Länder industriell modernisieren, wie sie wohlhabender und zivilisierter werden, verschwindet die ursprüngliche ‚Rechtfertigung‘“

5) Alexander Mitscherlich (Hrsg.): *Bis hierher und nicht weiter. Ist die menschliche Aggression unbefriedbar?* München 1969, S. 264.

6) V. E. Mühlmann: *Krieg und Frieden*. In: *Wörterbuch der Soziologie*, 2. Auflage, Stuttgart 1969, S. 596.

7) Ralph E. Lapp: *Kultur auf Waffen gebaut*. Bern/München 1969, S. 222.

tigung' für eine totale Diktatur; diese geht ihrer Funktion, die Massen zur Modernisierung zu pressen, die ursprüngliche Akkumulation auf Kosten der Konsumenten zu erzwingen, verlustig. Solange jedoch der kalte Krieg und die Bedrohung von außen anhalten, kann man die Diktatur mit dem notwendigen Schutz der ‚Volksgemeinschaft‘ vor dem äußeren Feind rechtfertigen.“⁸⁾

Die Rüstungsgesellschaft erfüllt somit in Ost und West eine Alibifunktion: Unter dem Vorwand, den Ernstfall Krieg verhüten zu wollen, stabilisiert sie Herrschaftsstrukturen und ermöglicht eine weitgehend risikofreie Gewinnmaximierung — weitgehend risikofrei vor allem für die Rüstungsindustriellen. Sehr eingehend hat *Fritz Vilmar* auf diese Zusammenhänge hingewiesen. Insbesondere hebt er hervor, daß die kapitalistische Machtelite die Rüstungsausgaben bevorzugt, Wohlfahrtsausgaben dagegen tendenziell ablehnend gegenübersteht, weil sie — wie Vilmar betont — „mächtigen großindustriellen Gruppen nicht in gleicher Weise langfristig gesicherte Profite garantieren und weil sie dahin tendieren, die soziale Stellung der heute benachteiligten nichtbesitzenden Massen auf Kosten der Kapitalbesitzer zu stärken“.⁹⁾ Noch Anfang der sechziger Jahre konnte der Amerikaner, *T. Coleman Andrews* behaupten:

„Die größte Bedrohung, der sich die USA gegenübersehen, ist die Möglichkeit, daß *Nikita Chruschtschow* mit einem echten Friedensplan hervortritt, der nicht zurückgewiesen werden kann ... Er würde die größte Wirtschaftsdepression hervorrufen, die Amerika je gekannt hat, denn unsere Rüstungsindustrie bedeutet jedes Jahr 50 Mrd. Dollar Kaufkraft.“¹⁰⁾

IV

.Die Theorie der Abschreckung aber, die allein den Rüstungswettlauf zu rechtfertigen vermöchte, wird immer mehr in Frage gestellt. Eine fundierte Untersuchung dieses Fragenkomplexes hat jetzt *Dieter Senghaas* veröffentlicht. Er berücksichtigt nicht nur die unverhältnismäßig hohen Kosten, die solche sich ständig eskalierenden Abschreckungssysteme erfordern, und die infrastrukturelle sowie entwicklungsfördernde Maßnahmen hemmen, wenn nicht gar verhindern, sondern er zeigt auch auf, wie diese „organisierte Friedlosigkeit“ eine permanente und sich ständig steigernde Gefährdung des labilen *Status quo* impliziert. Zu Recht schlußfolgert Senghaas denn auch:

„Frieden wird es nur jenseits von Abschreckung geben. Dies ist eine eindeutige Lehre aus der Geschichte der vergangenen zwanzig Jahre. Friedensziele werden sich nur artikulieren lassen nach geleisteter theoretischer und praktischer Kritik der Abschreckung. Solange Friedensplanungen und eine Friedenswissenschaft den Bann einer technokratischen Planung des Unfriedens und damit den Bann von Abschreckung nicht gebrochen haben, solange mit dieser Konzeption und politischen Strategie Kompromisse eingegangen werden, lassen sich keine realistischen Ansatzpunkte einer Friedenspolitik formulieren. Der einzig mögliche Realismus in Friedensbemühungen ist die Demontage des Abschreckungssystems“.¹¹⁾

Sehr entschieden ist der Auffassung zu widersprechen — und Senghaas tut es —, daß die geringe Effizienz von internationalen Organisationen und „funktionalistischer“ Kooperation auf *prinzipiellen* Schwierigkeiten eines friedlichen Ausgleichs unter Völkern

8) Ossip K. Flechtheim: Eine Welt oder keine. Beiträge zur Politik, Politologie und Philosophie, Frankfurt 1964, S. 247.

9) Fritz Vilmar: Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. Eine sozioökonomische Analyse des Militarismus in unserer Gesellschaft. 3. Auflage, Frankfurt 1967, S. 27. Vgl. auch Walter Gyssling: Rüstungswirtschaft und Spätkapitalismus, GM, Mai 1968, S. 280 ff.

10) Fritz Vilmar a.a.O., S. 5.

11) Dieter Senghaas: Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit. Frankfurt 1969, S. 294. Vergl. auch Dieter Senghaas: Zur Pathologie organisierter Friedlosigkeit. In: Ekkehan KriDpendorff, a.a.O., S. 217 ff.

und Nationen beruhe. In Wahrheit handelt es sich vielmehr, wie Senghaas feststellt, um historisch und gesellschaftlich bedingte Komplikationen, die durchaus überwindbar sind. Von hier aus ergeben sich denn auch die Ansatzpunkte, die einer weltweiten Friedensstrategie zum Erfolg verhelfen können.

Realistisch dürfte die Konzeption sein, die *Zbigniew Brzezinski* im Novemberheft 1968 des *Encounter* veröffentlichte. Sie sieht vor, eine Gemeinschaft der entwickelten Länder zu schaffen, die aus den atlantischen Staaten (einschließlich der Sowjetunion) und Japan besteht. Sie habe sich darum zu bemühen, einige gemeinsame Ziele auf den Gebieten der Entwicklung, der technischen Hilfe und der Ost-West-Sicherheitsfragen zu definieren. Durch formelle Verbindungen zwischen der OECD und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, der NATO und dem Warschauer Pakt, sowie durch die Schaffung eines informellen politischen Konsultativorgans könne dann ein Gefühl der gegenseitigen Verflechtung geschaffen und könnten internationale Institutionen gefördert werden. Die Initiative sollte dabei von den USA ausgehen. Brzezinski betont:

„Es (ist) Sache der Vereinigten Staaten — gleichgültig, wie die Sowjetunion zunächst reagieren mag —, über Doktrinen hinauszugehen, die den Stempel der bisherigen Konfrontation tragen, und nach umfassenderen Lösungen, ehrgeizigeren Zielen zu streben als jenen, die die amerikanische Außenpolitik in den letzten zwanzig Jahren beherrscht haben.“¹²⁾

Es wäre dies wohl eine der Möglichkeiten, die der Friedenssicherung weit nachhaltiger dienen als die makabren und sündhaft teuren Abschreckungssysteme.

V

Weit größere Bedeutung aber kommt einer Friedensstrategie zu, die unter der Bezeichnung „soziale Verteidigung“ bekannt wurde. Diese Strategie zielt darauf ab, bewaffnete Konflikte durch gewaltlose Widerstandsaktionen abzulösen. Kampftechniken, die auf Gewaltanwendung verzichten, haben bereits eine rühmliche Tradition. Sie reichen vom Aufstieg des Christentums in den ersten drei Jahrhunderten über die Wirtschaftsboykotte und Steuerverweigerungen in den amerikanischen Kolonien, den Generalstreik beim Kapp-Putsch in Deutschland, die indische Unabhängigkeitsbewegung unter *Gandhi*, den dänischen, holländischen und norwegischen Widerstand gegen die deutsche Besetzung, die amerikanische Bürgerrechtsbewegung unter *Martin Luther King* bis hin zum couragierten, gewaltlosen Widerstand der Tschechoslowakei gegenüber den Okkupationstruppen der Staaten des Warschauer Paktes. Wenn diese gewaltfreien Aktionen bislang Ausnahmen blieben, nicht immer von Erfolg gekrönt waren und des öfteren doch noch in Gewaltanwendung umschlugen, dann lag das nicht an der Konzeption, sondern an der unzureichenden psychologischen Vorbereitung und/oder der fehlenden Massenbasis.

Gene Sharp, wissenschaftlicher Mitarbeiter am „Institute of International Affairs“ der amerikanischen Harvard-Universität, ein Protagonist der sozialen Verteidigung, schreibt:

„Es erfordert sorgfältige Untersuchung und Planung, um die Strategie und Taktik zu ermitteln, die in einem Konflikt am ehesten Erfolg verspricht. Das Durchdenken der allgemeinen Prinzipien der sozialen Verteidigungsstrategie ist eine große Aufgabe, die aus verschiedenen Gründen umfassender und schwieriger sein kann als die militärische Strategie. Die ganze Bevölkerung und alle Institutionen der Gesellschaft sind potentiell direkt in den Kampf selbst verwickelt, in einem gewaltlosen Krieg ist der Kriegsschauplatz nicht auf geographische Frontlinien oder ausländische Ziele beschränkt. Der Kriegsschauplatz umschließt das ganze Land. Dazu kommt die Welt als das internationale Operationsgebiet, in dem nichtmilitärische, diplomatische und wirtschaftliche Unterstützung gegen

12) Zbigniew Brzezinski: Frieden und Macht. Ein Vorblick auf die 70er Jahre. In: aus politik und Zeitgeschichte. beilage zur Wochenzeitschrift das parlament. B 4/69 vom 25. Jan. 1969, S. 18.

die Invasoren gesucht wird, und schließlich auch das Heimatland der Invasoren, in dem die einheimische Opposition gegen ihr aggressives Regime ermutigt -werden sollte." ¹³⁾

Hinzu kommt — wie insbesondere der Berliner Politologe *Theodor Ebert* hervorhebt —, daß diese neue Verteidigungskonzeption einen Demokratisierungsprozeß ermöglicht und erfordert. Ebert:

„Die Umstellung als solche bringt einen Trend zur Demokratisierung mit sich, wie umgekehrt die militärische Verteidigung Notstandspläne und eine gewisse ‚Formierung‘ der Gesellschaft zur Folge hat. Die Forderung der Gewerkschaften nach Mitbestimmung würde in einer sozialen Demokratie die Unterstützung des Verteidigungsministeriums finden, und man würde dort auch sehen, daß eine ‚Bildungskatastrophe‘ zu einer Verteidigungskatastrophe führen könnte.“ Und auch dies: „Die Entwicklung der Bundesrepublik zur sozialen Demokratie und die Umstellung auf soziale Verteidigung würde schließlich auch für eine Überwindung der deutschen Teilung günstige Voraussetzungen schaffen, und eine schließliche deutsche Wiedervereinigung‘ im internationalen oder einem europäischen Rahmen erhielte einen mehr als nur restaurativ-nationalen Sinn. Die nationale Komponente der neuen Konzeption ist in ihrer tatsächlichen Bedeutung und Wirkung auf die Deutschen am unberechenbarsten, könnte aber eventuell ein spezifisch deutsches Mittel sein, konservative gesellschaftliche Hemmungen bei der Umrüstung auf soziale Verteidigung zu überwinden.“ ¹⁴⁾

Zwar schließt Gene Sharp nicht aus, daß die Konzeption der sozialen Verteidigung sich nach gründlicher Untersuchung auch als eine Sackgasse entpuppen kann. Aber: „Bei der Dringlichkeit einer Lösung des Kriegsproblems sollte man jedoch keine Konzeption, die in einer rational prüf baren Form vorgetragen wird, ungeprüft übergehen.“ ¹⁵⁾ Und: „Die Maßnahmen zur Abschaffung des Krieges müssen Stufe um Stufe vorangetrieben werden; im Einsatz müssen sie geprüft, verbessert und dann wieder eingesetzt werden, bis der Krieg in der menschlichen Gesellschaft keinen Platz mehr hat.“ ¹⁶⁾

VI

Auf einer Arbeitstagung der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler Mitte September 1967 in München, die sich mit dem gewaltlosen Widerstand als Form der Verteidigungspolitik auseinandersetzte, *zeigte* Theodor Ebert die Ansätze auf, die von der Friedensforschung aufgegriffen, untersucht und weiterentwickelt werden müßten:

„1. *Der individuelle/ethisch-voluntaristische Ansatz.* Der Frieden wird erwartet von der im Gewissen begründeten Weigerung des einzelnen, sich an Kriegsvorbereitungen und Kriegshandlungen zu beteiligen . . .

2. *Der psychotherapeutisch-aufklärerische Ansatz.* Die Ursache der Kriege wird in nationalen, rassischen oder sonstigen Vorurteilen gesehen. Den Frieden erwartet man von der Aufklärung über die wirklichen Sachverhalte und von der praktischen Vermittlung von psychologischen Erkenntnissen über das Zustandekommen von Vorurteilen . . .

3. *Der triebstrukturelle Ansatz.* Die Friedensforschung macht sich hier die Ergebnisse tierischer und menschlicher Verhaltensforschung zunutze und fragt vor allem, wie die Aggressionstribe in einer sozial nützlichen Weise und, ohne zu kriegerischen Zusammenstößen zu führen, ausgelebt werden können . . .

4. *Der sozio-ökonomische Ansatz.* Die Ursache des Krieges wird hier im Erwerbs- und Machtstreben gesehen. Die Friedenspolitik ist dann identisch mit dem Bemühen um

13) Gene Sharp: Das politische Äquivalent des Krieges — Die gewaltlose Aktion. In: Ekkehart Krippendorff, a.a.O., S. 505.

14) Theodor Ebert: Soziale Verteidigung — eine Alternative zur „Vorwärtsverteidigung“?, GM, Februar 1967, S. 87 f. Vgl. auch Theodor Ebert: Gewaltfreier Aufstand, Alternative zum Bürgerkrieg. Freiburg i. Br. 1968.

15) Gene Sharp a.a.O., S. 509.

16) Gene Sharp a.a.O., S. 510.

Beseitigung feudalistischer, kapitalistischer oder parteibürokratischer Herrschaftsstrukturen ...

5. *Der diplomatische Ansatz.* Der Frieden wird erwartet von einer Friedenspolitik der Regierungen bzw. der Herrschenden; diese sollen ihre Interessensphären abgrenzen und einen bestimmten Satz von Spielregeln entwickeln, nach denen internationale Konflikte auf dem Verhandlungswege beigelegt werden können ...

6. *Der normative Weltgesellschaftsansatz.* In Analogie zur Sicherung des innerstaatlichen Friedens durch legislative, jurisdiktionale und exekutive Gewalten wird der Weltfrieden von der Schaffung entsprechender Gewalten im Weltmaßstab erwartet. Von einem der Friedensforschung und nicht etwa imperialistischem Streben zuzuordnenden Ansatz kann man sprechen, da die Weltexekutive an Gesetze gebunden sein soll, die aufgrund demokratischer Teilnahme aller Betroffenen zustande gekommen sind ...¹⁷⁾

Ebert plädiert dafür, daß bei jedem dieser Friedensforschungsansätze — die selbstverständlich modifizierungs- und erweiterungsfähig sind — zwei Forderungen erfüllt sein müssen: erstens, daß der Ansatz allen Betroffenen eine Praxis demokratischer Teilnahme an den Entscheidungen eröffnet; und zweitens, daß die Durchsetzung des Konzeptes mit gewaltfreien Mitteln erfolgt.

VII

In der Bundesrepublik bleibt eine derart breit angelegte Friedensforschung noch Utopie. Die öffentliche Förderung dieser interdisziplinären Forschung ist nach wie vor gänzlich unterentwickelt. Hier könnten uns die skandinavischen Länder Norwegen und insbesondere Schweden ein Vorbild sein. Das internationale Institut für Friedens- und Konfliktforschung in Stockholm, SIPRI, hat beispielsweise zur Zeit einen Jahresetat von über zweieinhalb Millionen schwedischen Kronen, während das 1964 in Hannover gegründete „Institut für Zukunfts- und Friedensforschung“ (Leitung Dr. *Lothar Schuhe*) ausschließlich auf ehrenamtliche Mitarbeiter zurückgreifen muß. Die finanzielle Decke ist hier so kurz, daß eine einzige Sekretärin beschäftigt werden kann — für täglich zwei Stunden. Es ist allerdings zu hoffen, daß sich diese fatale Situation künftig etwas bessert. Das 1968 gegründete „Zentrum Berlin für Zukunftsforschung“ und das für München geplante „Institut für interdisziplinäre Forschung über die Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt“ der Max-Planck-Gesellschaft, das unter der Leitung von *Carl Friedrich von Weizsäcker* arbeiten wird, werden zweifellos auch Teilbereiche der Friedensforschung wissenschaftlich bearbeiten.

Außerdem hat der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen, *Fritz Holthoff*, während der vom DGB und von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft 1967 veranstalteten Woche der Wissenschaft in Recklinghausen, die das Thema Friedenspolitik und Friedenssicherung behandelte, die dort gegebenen Anregungen aufgegriffen. Er forderte die Deutsche Forschungsgemeinschaft auf, einen Arbeitskreis für interdisziplinäre Friedensforschung einzurichten. Er appellierte an die im Aufbau befindliche Universität Bielefeld, die Friedensforschung projektmäßig interdisziplinär in Gang zu bringen. Außerdem versprach er, sich dafür einzusetzen, daß auch außerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen die Ordinarien durch regelmäßige Mittelzuweisungen die Möglichkeit erhalten, sich in ihren Instituten an der Friedensforschung zu beteiligen.¹⁸⁾

17) Theodor Ebert: Die soziale Verteidigung als Forschungsaufgabe. Die Ansätze der Friedensforschung und das Problem der gewaltfreien Macht. In K. Gottstein (Hrsg.): *Civilian Defence. Gewaltloser Widerstand als Form der Verteidigungspolitik*. Tagungsbericht. 2. Aufl., Bielefeld 1969, S. 171 ff.

18) Günther Heyder: Friedenspolitik und Friedenssicherung. GM, September 1967, S. 537. Vgl. auch Franz Woschek (Red.): *Friedenspolitik und Friedenssicherung oder: Ist der Krieg eine Naturkatastrophe?* Protokollarische Berichte der Woche der Wissenschaft, 3. bis 7. Juli 1967 in Recklinghausen, Braunschweig 1968.

Hier muß allerdings sehr entschieden dem Trugschluß widersprochen werden, daß allein mit einer Institutionalisierung der Friedensforschung jener archimedische Punkt zu ermitteln sei, von dem aus sich der Krieg aus den Angeln heben läßt. Friedensforschung muß vielmehr begleitet, ergänzt und fundiert werden durch eine Friedenspolitik, die initiiert wird von engagierten Basisgruppen. Sehr zu Recht stellt der Berliner Soziologe *Richard F. Behrendt* fest, daß das Ringen um Frieden — als Voraussetzung für die Zukunft der Menschheit — von jedem einzelnen von uns begonnen und mitgetragen werden muß und alle Aspekte der gegenwärtigen Kultur zu umfassen hat.¹⁹⁾ Dieser Lern- und Erziehungsprozeß zum Frieden wird heute allerdings erst von Minderheiten vorangetrieben, von zukunftsorientierten Wissenschaftlern, von Gewerkschaftern, Pädagogen und Publizisten vor allem. Er hat aber bei der Jugend in aller Welt starken Widerhall gefunden.

Unterstützt und gefördert wird diese weltweite Aufklärungskampagne durch Demokratisierungstendenzen, die zunehmend alle Bereiche menschlichen Zusammenlebens erreichen und verändern. Der dadurch bewirkte Abbau autoritärer Strukturen, die Entlarvung des simplen Befehl-Gehorsam-Schemas als eines Mittels repressiver und damit denkfeindlicher Gewalt, die Verbreitung allgemeiner, und so auch politischer, Bildung sowie die langsam wachsende Bereitschaft zur Diskussion anstelle von Kundgebungen *ex cathedra* sind hoffnungsvolle Ansätze, die in Richtung auf eine Welt ohne Gewaltanwendung zielen.

Innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist das Wissen von der Vordringlichkeit dieser Aufgaben verbreitet und wirksam. Gewerkschafter tragen zur Friedensförderung bei, indem sie internationale Kontakte ausbauen und festigen, indem sie den Aufklärungsprozeß über gewaltfreie Aktionen fördern, sich für die Demokratisierung der Wirtschaft einsetzen und für die bestmögliche Bildung für jedermann. Damit folgt der DGB einer rühmlichen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, die sich von Anfang an dem Frieden und der Völkerverständigung verpflichtet wußte.

18) Richard F. Behrendt: Der Weg zur globalen Zukunftsgesellschaft. In: Robert Jungk (Hrsg.): Menschen im Jahr 2000. Frankfurt 1969, S. 155.